



Niedersachsen-Echo

Nachrichten und Informationen aus dem Landesverband

AKTUELL

SoVD-Niedersachsen gratulierte Ministerin Ross-Luttmann zur Amtseinführung

Sozial entscheiden – nicht finanziell

Die neue Niedersächsische Sozialministerin heißt Mechthild Ross-Luttmann und hat sich bereits als Abgeordnete in der CDU-Fraktion einen Namen als Sozialexpertin gemacht. Den politischen Kurs ihrer Vorgängerin Ursula von der Leyen wird sie in mehreren Punkten korrigieren. Welche Erwartungen der SoVD Niedersachsen an die Ministerin hat, lesen Sie in folgendem Brief an die Politikerin im Wortlaut. Den Brief hat Frau Ross-Luttmann umgehend zur Amtseinführung vom SoVD Niedersachsen erhalten.

Sehr geehrte Frau Ministerin, im Namen des Landesvorstandes des SoVD Niedersachsen gratulieren wir Ihnen herzlich zu Ihrem Amt als Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit und wünschen Ihnen für diese verantwortungsvolle Tätigkeit viel Erfolg. Neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben Sie

sich als zukünftige Schwerpunkte eine aktivere Senioren- und Jugendarbeit und ein leistungsfähigeres Gesundheitswesen gesetzt. Schwerpunkte, die wir als Interessenverband der Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranken und älteren Menschen voll und ganz unterstützen.

Angeht die Haushaltslage stellen diese Schwerpunkte eine große Herausforderung für Sie dar. Dem SoVD ist bewusst, dass viele Entscheidungen nicht einfach sein werden. Doch möchten wir an Sie appellieren, diese Entscheidungen nicht allein von Finanzierungsfragen abhängig zu machen. Gerade sozial schwache Menschen bedürfen der Hilfe und Unterstützung.

Ganz besonders legen wir Ihnen die Umsetzung eines Gleichstellungsgesetzes in Niedersachsen ans Herz, damit Menschen mit Behinderungen heute und auch morgen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir



Mechthild Ross-Luttmann

bitten Sie dringend, dieses Gesetzesvorhaben vorrangig zu behandeln, damit Niedersachsen nicht bundesweites Schlusslicht bei der Umsetzung eines Gleichstellungsgesetzes für Menschen mit Behinderungen wird.

Diese Themen der Sozial- und Behindertenpolitik würden wir

gern mit Ihnen ausführlich in einem gemeinsamen Gespräch diskutieren. Mit Sicherheit bestehen Übereinstimmungen, die nicht nur für unseren Verband mit seinen über 250.000 Mitgliedern, sondern auch für die Menschen in Niedersachsen von wesentlicher Bedeutung sind.

Wir wünschen Ihnen, dass Sie ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Menschen behalten und es Ihnen gelingt, diese Sorgen und Nöte für eine sozial gerechte Politik aufzugreifen. Für eine solche Politik bieten wir Ihnen die Unterstützung des SoVD Niedersachsen an.

Abschließend wünschen wir Ihnen persönlich nochmals alles Gute und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Adolf Bauer
1. Landesvorsitzender und Präsident des SoVD

Dirk Swinke
stellvertretender Landesgeschäftsführer

Behinderung: Arbeitsvermittlung wird weitergeführt

Die gezielte Arbeitsvermittlung für behinderte Menschen durch die so genannten Integrationsfachdienste wird weitergeführt. "Das ist eine gute Nachricht für die behinderten Menschen in Niedersachsen", sagte dazu der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Uwe Schwarz. Zuvor waren Pläne der Landesregierung, die Zuschüsse für diese Einrichtungen zum 1. Januar zu streichen, auf scharfe Kritik der SPD gestoßen.

„Niedersachsen wäre das erste Bundesland gewesen, das die Arbeitsvermittlung und Beratung durch die Integrationsfachdienste nicht mehr finanziert“, so Schwarz. „Es ist gut, dass Frau Ross-Luttmann die Entscheidung ihrer Amtsvorgängerin revidiert hat. Ich hoffe, dass das auch Ausdruck einer gesteigerten Sensibilität für die Belange behinderter Menschen ist.“ Bernward Rumpker, Leiter des Integrationsfachdienstes in Meppen/Lingen: „Wir begrüßen diese Entscheidung, aber Anlass zur Entwarnung ist das nicht, da die Bundesagentur der Arbeit stärker an der Finanzierung beteiligt werden muss. Letztendlich bedeutet die Entscheidung nur eine Atempause.“

Im Januar 2006 wird der IFD Meppen/Lingen weitergeführt von Diplom-Sozialpädagogin Gisela Driever.

Blindenverband und Partner halten am Volksbegehren fest

Die neue Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann will beim Blindenhilfefonds nachbessern, generell aber am von ihrer Vorgängerin Ursula von der Leyen vorgenommenen Wechsel beim Blindengeld festhalten. Die angekündigten Verbesserungen am Fonds sind nicht ausreichend; sie ändern nichts an der schwierigen Lage der Blinden in Niedersachsen. Deshalb hält der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen (BVN) zusammen mit dem SoVD Niedersachsen und den anderen Bündnispartnern am Volksbegehren fest. Nur ein Landesblindengeld kann die Nachteile der

Blindheit ausgleichen. Aber durch den Verlust des Landesblindengeldes werden viele Blinde in die Bedürftigkeit getrieben.

Schon jetzt ist festzustellen, dass seit 1. Januar 2005 mit der Abschaffung des bewährten Einkommens- und vermögensunabhängigen Landesblindengeldes eine deutliche Zunahme der Bedürftigkeit nach dem Sinn des Sozialgesetzbuches XII zu verzeichnen ist. Waren es im Jahr 2004 noch rund fünf Prozent blinde Menschen, die Blindenhilfe (Sozialhilfe) bekamen, so sind es seit dem 1. Januar 2005 inzwischen fast 25 Prozent geworden.

Damit wird der „Sparwille“ der Landesregierung, mit dem die Abschaffung des Blindengeldes immer begründet wurde, konterkariert. Denn nun steigen dagegen die Ausgaben für Blindenhilfe stetig an, und die Verarmung blinder Menschen schreitet fort, so wie es der BVN vorausgesagt und davor gewarnt hatte.

„Es ist damit zu rechnen, dass in den nächsten Jahren sogar 30 bis 40 Prozent der blinden Menschen in Niedersachsen Blindenhilfe beziehen müssen. Das ist bei der bisherigen Regelung bis Ende 2004 nicht nötig gewesen und treibt jetzt damit die Kosten für soziale Ausga-

ben des Staates ohne Not in die Höhe. Der zunehmende Trend, dass Blinde früher als sonst in Pflegeheime gehen, untermauert dies“, so der BVN-Geschäftsführer Hans-Werner Lange.

Nähere Informationen gibt der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e. V., Harald Stegmann Leiter Öffentlichkeitsarbeit Kühnsstraße 18 30559 Hannover Tel.: 0511/5104-223 Fax 0511/5104-455 oder E-Mail: Harald.Stegmann@blindenverband.org

Landesjugendkonferenz im Februar 2006

Im Februar endet die zweijährige Wahlperiode des Landesjugendvorstandes und es stehen Neuwahlen an. Auf der 5. Landesjugendkonferenz wird ein neuer integ-Landesvorstand gewählt. Die Konferenz findet vom 10.-12. Februar 2006 im Erholungszentrum Bad Sachsa statt.

SoVD Niedersachsen gab Tipps und Informationen zum Thema Barrierefreiheit und eröffnete Ausstellung

Selbstbestimmt und ohne Barrieren leben

So lange wie möglich in der eigenen Wohnung leben können und selbstbestimmt am öffentlichen Leben teilnehmen – das ist der Wunsch, den wohl alle älteren wie jüngeren Menschen haben. Allerdings entsteht das Bewusstsein für Hindernisse in der Wohnung oder im Straßenverkehr erst, wenn z. B. der Badewannenrand zu hoch geworden ist. Barrieren beseitigen oder die Wohnung umbauen kostet Geld. Vermeiden lässt sich dies durch bewusstes Planen im Vorfeld – denn: „Barrierefrei planen und bauen ist kostenneutral“, weiß Bernd Skoda, SoVD-Beauftragter für barrierefreies Bauen und Gestalten.

Die Veranstaltung „Barrierefreiheit im öffentlichen und privaten Raum“ am 6. Dezember 2005 im hannoverschen SoVD-Haus in-

formierte 22 angemeldete Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber, welche Möglichkeiten es gibt, Barrieren zu vermeiden bzw. zu entfernen. Ursula Pöhler, 2. SoVD-Landesvorsitzende, hielt in ihrem Grußwort fest: „Barrieren befinden sich vor allem in den Köpfen. Wer in der Wohnung oder auf der Straße nicht vorausschauend plant und nicht für das Thema sensibilisiert ist, schafft sich früher oder später seine eigenen Barrieren.“

Laut Skoda erleben rund 8 Millionen Menschen mit Behinderung täglich Hindernisse – nicht eingerechnet seien vorübergehend eingeschränkte sowie alte Menschen und Kinder. „Leben ohne Barrieren geht alle Menschen an. Der SoVD will das Bewusstsein für die gesellschaftlichen Probleme

schärfen, und diesen Problemen müssen wir uns im Vorfeld stellen, nicht hinterher.“ In seinem Vortrag zeigte Skoda anhand von Fotos die Barrieren im Straßenverkehr sowie Lösungsmöglichkeiten auf.

Über Barrieren in der Wohnung referierte Peter Sander, Wohnberater der Region Hannover. Auch in seiner Beratung stehe das selbstbestimmte Leben im Vordergrund. Sander besucht die Betroffenen in ihrer Wohnung und spricht dort mit ihnen mögliche Änderungen – wie zum Beispiel die Umgestaltung des Badezimmers, der Einbau eines Treppenliftes oder die Beseitigung von Türschwellen sein. Beim Beratungsgespräch zeigt Sander auch immer Finanzierungsmöglichkeiten auf.

In einer regen Diskussion, moderiert von Meike Janßen, Leite-

rin der Abteilung Sozialpolitik, zeigte sich, wie wichtig es ist, alle Behinderungen in die Planung mit einzubeziehen. Auch auf die barrierefreien Wohnungen der Tochtergesellschaft des SoVD, der Reichsbund Wohnungsbau GmbH, wurde hingewiesen.

Abschließend wurde die Wanderausstellung „Barrierefrei planen, bauen und wohnen“ des Landesbehindertenrates in der SoVD-Galerie eröffnet. Die Bilder und Erläuterungen zeigen, welche Lösungen zum Thema Barrierefreiheit im Haus und im öffentlichen Raum bereits bestehen. Zu sehen ist die Ausstellung noch bis Ende Februar 2006 in der SoVD-Galerie in der Landesgeschäftsstelle und wird dann erneut den Rahmen bieten für eine weitere Veranstaltung mit Vorträgen und Diskussion. SD



Wohnberater Peter Sander

Informationen zum Thema Barrierefreiheit: Bernd Skoda, SoVD-Beauftragter für barrierefreies Bauen und Gestalten Tel.: 0 51 43 / 9 30 72 E-Mail: skoda-family@t-online.de Peter Sander, Wohnberater der Region Hannover Tel.: 05 11 / 61 62 25 07 E-Mail: Peter.Sander@Region-Hannover.de Reichsbund Wohnungsbau GmbH Tel.: 05 11 / 49 60 20 www.reichsbundwohnungsbau.de